Das Gros der deutschen bourgeoisklasse, die

„Demokratische Partei",

tagte in ihrem Zentralvorstand unter Vorsitz des Hamburger Senators Petersen ebenfalls in Berlin. Die Partei hat jetzt das Ausscheiden ihres Führers Dr. Friedberg, der früher der allerwaschechteste Nationalliberale glorreichen Angedenkens war, aus „Gesundheitsrücksichten" zu tragen. Die vorsichtigen Demokraten gehen nun einstweilen der Frage der offenen Koalitionsbildung mit den Rechtsparteien noch aus dem Wege. Zur Stunde verteidigen sie noch den somilisozialistisch-demokratisch-klerikalen Status quo. Aber eine vom Zentralvorstand angenommene Entschließung verwahrt sich heftig gegen die angebliche „Nebenregierung" der Gewerkschaften. Das ist natürlich Schmalz für die Ohren der Reaktion und Zucker aufs Butterbrot der antibolschewistischen Waffenbrüder im andern Lager. Wie lange noch, und in den Armen liegen sich beide und weinen vor Schmerz und vor Freude . . .

Deutlicher wird schon der reaktionäre Pferdefuß der deutschen Demokratenseele in einem Wahlaufruf sichtbar, den jetzt die sächsischen Demokraten mit den Unterschriften Günther, Külz und Stritt verbreiten. Darin wird neben einer Menge von Forderungen, unter denen man sich alles und auch nichts denken kann, auch die sehr positive Forderung des Abbaus der Zwangswirtschaft erhoben. Dasselbe tut der Bund der Landwirte mit der Deutschen Tageszeitung als Wortführerin schon seit Jahr und Tag. Man sieht: Es gibt noch eine gemeinsame Linie zwischen den beati possidentes, die über den ungeschmälerten Profit, mögen sie sich nun Demokraten oder Aristokraten nennen.

Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß der Teil des Bürgertums, der so unpolitisch ist, daß er ganz allein an seinen Reebach von heute denkt, nämlich jener Mischmasch, für den der parteilose Antibolsa-Mensch Stadler wirkt, mit der Forderung eines Kabinetts der Arbeitsgemeinschaftspolitik loslegt. Die „Wirtschaft", soll heißen die Mehrwertsrate soll gerettet werden, koste es, was es wolle, selbst auf Kosten jeglicher politischer Logik.

Auch der Reichsausschuß der

Zentrumspartei

tagte bis zum Sonntag in Berlin, allerdings unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Aus dem stark verwaschenen Bericht, den jetzt eine offiziöse Parteikorrespondenz über die Tagung herausgibt, geht hervor, daß ein weiter Kreis des Zentrums die Teilung der Reichsgewalten zwischen bürgerlich und halbsozialistisch nicht mehr billigt und für den „stubenreinen" bürgerlichen Regierungsblock arbeitet.

Wie die ultramontane Politik aber immer die besondere Fähigkeit gehabt hat, sich nach der jeweils vorhandenen Bettdecke, unter Verzicht auf alle Körperlänge irgendwelcher politischen Grundsätzlichkeit, zu strecken, so hat auch diesmal sehr weise Vorsicht die Zentrumsleute beherrscht. Sie haben sich alle Hände und alle zehn Finger an ihnen freigehalten für alle Eventualitäten. „Es herrschte," so heißt es in der Korrespondenz, „Einmütigkeit darüber, daß die Fraktion vollständige Entschlußfreiheit besitzt, und daß die Teilnahme des Zentrums an einer künftigen Koalition abhängig sein wird vom Ausfall der Wahlen und von der Möglichkeit, ein Koalitionsprogramm zustande zu bringen, das eine gedeihliche Führung der deutschen Politik gewährleiste."

Der 40-Milliarden-Etat.

Im Hauptausschuß der Nationalversammlung gab der Reichsfinanzminister Dr. Wirth einen Ueberblick über den neuen Haushaltplan für 1920, der den ganzen Jammer der Finanzlage des Reichs enthüllte. Dabei haben die Veranschlagungen nur einen sehr bedingten Wert und man kann deshalb noch mit mancherlei unangenehmen Ueberraschungen rechnen.

Der neue Etat, den der Minister als reinen Uebergangsetat bezeichnete, weist im ordentlichen und außerordentlichen Etat eine Gesamtausgabe von rund 40 Milliarden Mark auf, wozu noch ein Fehlbetrag von 12,9 Milliarden aus Reichspost und Eisenbahnen hinzutritt. Im ordentlichen Haushalt stehen den laufenden Einnahmen von 25 Milliarden Mark fortdauernde und einmalige Ausgaben von 27,95 Milliarden Mark gegenüber, so daß ein Defizit von 2,95 Milliarden Mark verbleibt. Die Ausgaben seien in fortdauernde von 23,8 Milliarden und einmalige ordentliche Ausgaben von 4,1 Milliarden Mark geschieden. Die Verzinsung der Reichsschuld betrage 12,4 Milliarden, die Pensionen 3,2 Milliarden Mark. Für Heer und Marine sind 1,9 Milliarden Mark eingestellt und die allgemeinen Verwaltungsausgaben mit 6,8 Milliarden veranschlagt. Außerdem erfordern die Abwicklungsgeschäfte für Heer und Marine 2½ Milliarden Mark. Zur Verbilligung von Lebensmitteln seien 8 Milliarden eingestellt. Die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts beziffern sich auf 11,6 Milliarden. Dazu sind aus dem Rechnungsjahr 1919 noch etwa 10 Milliarden Mark verfügbar. An diesen Ausgaben nehme vor allem die allgemeine Finanzverwaltung teil, die zur Ausführung des Friedensvertrags 5 Milliarden beanspruche. Dieser Posten bleibe für die Finanzgebarung des Reichs noch für lange Zeit eine ernste Sorge. Zu dem Riesendefizit bei der Eisenbahn und der Reichspost bemerkte der Minister, daß eine Uebernahme solcher Defizite auf die Reichskasse und damit auf die Steuerträger unmöglich ist. Er stehe auf dem Boden, daß die Genehmigung für Lohnerhöhungen der Eisenbahner und jetzt der Beamten nicht ohne Zustimmung der Nationalversammlung erfolgen könne. Heute treten die großen finanzpolitischen Ueberlegungen in den Vordergrund, die zu Monopolen führen. Darüber hinaus würden in der nächsten Zukunft neue Formen der Besteuerung zu finden sein, nicht so sehr im Steuersystem, als in der Verbindung des Steuersystems mit der Wirtschaft. Neue organisatorische Zusammenfassung der großen Produktionszweige der Wirtschaft werden mit der Steuer in Verbindung zu bringen sein. Die äußere Form bleibt noch den Ueberlegungen überlassen, wobei die Frage, ob privatwirtschaftlich oder sozialistisch, von den politischen Machtverhältnissen abhängt. Ein gesestigter Etat dürfte die erste Grundlage für eine Genesung des öffentlichen Kredits bedeuten. Die Finanzverwaltung werde in absehbarer Zeit an eine Teilkonsolidierung der schwebenden Schuld herantreten. Sie glaube als das nächste Mittel hierfür wieder die Sparprämienanleihe ansprechen zu können. Mit der Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dürfte auch Deutschlands Kredit im Ausland steigen.

Bemerkenswert ist noch, daß Zölle, Verbrauchssteuern und Monopoleinnahmen mit 9,1 Milliarden veranschlagt sind. Die Zölle sollen 2,5 Milliarden, die Kohlensteuer 4,5 Milliarden bringen. Wie der Finanzminister ausführte, bildet die Kohlensteuer jetzt eine so wesentliche Stütze des Reichsetats, daß die Reichsfinanzverwaltung nicht daran denken könne, auf diese Arbeiter und Volkswirtschaft besonders schwer belastende Steuer zu verzichten. Im Gegenteil müsse an einen Ausbau der Kohlensteuer gedacht werden. Neue schwere Belastung der breiten Massen mit neuen indirekten Steuern sind also zu erwarten. Das geht mit aller Deutlichkeit aus den Darlegungen des Reichsfinanzministers, die im einzelnen noch zu würdigen sind, mit aller Deutlichkeit hervor. Bei den bevorstehenden Wahlen hat die Arbeiterschaft Gelegenheit, kundzugeben, wie sie darüber denkt.

Die Naumburger Justiz und die Revolution

Die Stadt Naumburg a. Saale ist der Sitz der 16. Reichswehrbrigade und zugleich das Zentrum der reaktionären Clique in Mitteldeutschland. Die Naumburger Staatsanwaltschaft zeichnet sich in diesem Kreise ganz besonders aus. Unter frechem Bruch eines in Halle am 26. März unter Vorsitz des Magdeburger Oberpräsidenten Hörsing geschlossenen Abkommens zwischen Regierung und bewaffneter Arbeiterschaft, wonach kein Teilnehmer an den Kämpfen gegen das kappistische Militär während der Zeit vom 13. März bis zum Tage des Abkommens verfolgt und verhaftet werden dürfte, ließen die Naumburger Justizbehörden bisher eine große Zahl von Arbeitern hinter Schloß und Riegel stecken. Trotz aller Bemühungen war es bisher nicht möglich, den Inhaftierten die Freiheit wieder zurückzugeben, im Gegenteil: immer neue Verhaftungen erfolgen, immer neue Ermittlungen werden angestellt. Bei der Unterredung mit den Vertretern der Arbeiterschaft zwecks Freigabe der Gefangenen besaß der erste Staatsanwalt in Naumburg die Unverschämtheit zu erklären, das sei eben das Gute, daß die Revolution das deutsche Justizwesen in keiner Weise umgestaltet und seinen Vertretern die volle Macht und Befugnisse aus der Zeit bis zum November 1918 belassen hätte. Die Herrschaften pfeifen einfach auf Willenskundgebungen der Regierung, wonach Kämpfer gegen die Kappisten durchaus legal gehandelt hätten und außer Verfolgung bleiben müßten.

Die Willkür, mit der die Gefangenen aus den Kapptagen in Naumburg behandelt werden, spottet jeder Beschreibung. Unter den nichtigsten Vorwänden wurden sie verhaftet, vor der Einlieferung in das Gefängnis aufs schwerste mißhandelt und sind jetzt selbst im Gefängnis nicht vor Totschlag sicher. Von Familienangehörigen der Inhaftierten wird uns berichtet, daß sie in der Nacht vom 16. zum 17. April von ihren Bewachungsmannschaften furchtbar geschlagen worden seien. Diese feigen Halunken in Reichswehruniform nahmen Rache für die vernichtende Kritik, die eine Massenversammlung am Abend des 10. April gegen sie geübt. In dieser Versammlung, der zahlreiche Offiziere in Zivil beiwohnten, sprach Abgeordneter Genosse Dittmann über die politische Lage, wobei er zugleich die entsetzlichen Schandtaten Naumburger Truppenteile und Offiziere gegen unbewaffnete Bürger während der Kapptage geißelte. Da die anwesenden Schuldigen zu feige waren, sich öffentlich zu verteidigen, ließen sie dann hinterher ihre Wut an den wehrlosen Gefangenen aus.

Sollte sich der mitgeteilte Vorgang bewahrheiten, was die vom Oberpräsidenten Hörsing geforderte Untersuchung ergeben wird, so trifft die volle Mitschuld dafür auch die Naumburger Justizbehörden. Es wird die höchste Zeit, daß sich die Regierung einmal ernsthaft mit den Kappisten im Naumburger Justizpalast befaßt.

Der schlechtunterrichtete Reichswehrminister.

Unter den Berliner Truppen sind in letzter Zeit Bewegungen bemerkbar, die auf ernsthafte Beunruhigung innerhalb der Truppenkörper selbst schließen lassen. Der wahre Grund dieser Bestrebungen ist bisher noch nicht deutlich erkennbar. Das Reichswehrministerium versucht sofort zu beschwichtigen und behauptete, daß die Beunruhigung der Berliner Garnison auf wirtschaftliche Schwierigkeiten zurückzuführen sei. Die Truppen hätten Bedenken gegen die Verminderung ihrer Gebühren und Beschränkung ihrer Bezüge geäußert, es werde aber in Kürze durch Verhandlungen gelingen, diese Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen. Ob dies in der Tat der wahre Grund für die Beunruhigung innerhalb der Berliner Garnison ist, muß im Augenblick dahingestellt bleiben. Nach andern Nachrichten ist unter einzelnen Truppenteilen zum mindesten eine heftige Erregung darüber ausgebrochen, daß die während des Kapp-Putsches durch ihre Haltung verdächtig gewordenen Offiziere noch immer nicht aus der Truppe entfernt sind, ja daß sie sich immer noch Maßregelungen der republikanisch zuverlässigen Mannschaften erlauben. Der Reichswehrminister wird deshalb gut tun, der Frage ernsthafter näherzutreten als bisher. Der Reichswehrminister ist offenbar wieder sehr schlecht unterrichtet durch seinen, von ihm selbst als so mangelhaft und unzuverlässig bezeichneten Nachrichtendienst, wenn er glaubt, daß allein wirtschaftliche Schwierigkeiten die Beunruhigung hervorgerufen hätten.

Die antibolschewistische Stimmungsmache.

In den alldeutschen Blättern wird folgende Essener Drahtmeldung vom 20. April verbreitet:

„Heute wurde im Städtischen Saalbau eine Massenversammlung der durch die Schreckensherrschaft der Roten schwer geschädigten Einwohner des Stadtkreises Essen abgehalten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde mit nachdrücklichem Ernst auf die erneute schwere Gefahr hingewiesen, die dem Ruhrgebiet aus dem Wuppertal und dem Bergischen Lande droht. Es wurde gefordert, daß kein Mann der Reichswehr von Essen abrückt. An die Regierung und die Behörden wurde das dringende Ersuchen gerichtet, den Herd der spartakistischen Ruhestörungen zu säubern und die Spartakistenherrschaft im Wuppertal und im Bergischen Lande zu brechen. Die beruhigenden Erklärungen der Behörden dieser Gebiete sind erzwungen oder beruhen auf Angst vor der Rache der Kommunisten. Die Entschließung fordert weiter, die bisher lächerlich geringe Waffenabgabe im Ruhrgebiet wie im Bergischen Lande mit den allerschärfsten Mitteln zu erzwingen, da jedes Entgegenkommen als Schwäche ausgelegt wird."

•

Widerlichste Stimmungsmache und Hetze zu Kommunistenpogromen! Der deutsche Arbeiter kennt diese Sudelfinken. Es sind dieselben, die im Sommer 1914 mit den nationalistischen Lügen von den französischen Fliegern über Nürnberg und den Bazillen in den Metzer Brunnen das deutsche Volk in die Kriegsverhetzung hineinpeitschten.

Endlich!

In der letzten Generalversammlung der Berliner Buchbinder wurde mitgeteilt, daß der frühere Verbandsvorsitzende Emil Kloth jetzt — Generalsekretär der deutschnationalen Volkspartei geworden ist.

Wer Kloths Wirken während des Krieges verfolgt hat, wird sich darob nicht verwundern. Kloth war einer der fanatischsten „sozialistischen" Durchhaltepolitiker und Nationalisten. Er sprach und schrieb und schrieb und sprach für Ludendorff und Hindenburg und gab so schon zu Kriegsbeginn seine Visitenkarte bei den Deutschnationalen ab, die ihn nun ebenso als brauchbares Werkzeug erwerben haben, wie sich früher die Schwerindustriellen hohe Regierungsbeamte als Syndici kauften. Lange genug hats freilich gedauert, bis die Buchbinder den Reinigungsprozeß in ihrem Verbande vorgenommen haben. Und was bezeichnend ist: noch bis vor kurzem war im Verband eine Strömung, die Herrn Kloth — rehabilitieren wollte. Der neue deutschnationale Generalsekretär kann also seinen gegenwärtigen Herren mit den besten Empfehlungen aufwarten: es war ihm glänzend gelungen, einen Teil der Arbeiterschaft nationalistisch zu verseuchen. Jetzt freilich werden wohl endlich auch diese Kreise erkennen, welchem politischen Rattenfänger sie gefolgt waren.

Daß Herr Kloth sich nun ausgerechnet zu den Deutschnationalen schlägt, klingt freilich wie ein Witz. Denn was diese Partei noch an politisch einsichtigeren Elementen barg, flüchtet im Geschwindschritt aus diesem durch den Kapp-Putsch ganz besonders korrumpierten buntscheckigen Gebilde. Aber vielleicht spielen da heimatliche Erinnerungen mit. Denn Herr Kloth stammt aus Mecklenburg, dem Lande der alten Erbuntertätigkeit.

Ein Untersuchungsamt und ein neuer Untersuchungsausschuß.

Aus Berlin wird gemeldet, daß im Reichswehrministerium unter Aufsicht des Unterstaatssekretärs Stock ein besonderes Amt zur Untersuchung der Vorgänge im März errichtet worden ist. Das Amt gliedert sich in zwei Dezernate, die unter der paritätischen Leitung eines Stabsoffiziers und eines Vertreters aus dem Zivilstande stehen. Das Amt soll alle eingegangenen Beschwerden prüfen und vervollständigen und die einzelnen Fälle dann einem besonderen Ausschuß überweisen, in dem die zivilen Vertreter ausschlaggebend sind.

Daß man erst heute, sechs Wochen nach dem Staatsstreich, dazu kommt, mit den Vorbereitungen für die Untersuchung zu beginnen, beweist, daß man es mit der Untersuchung selbst nicht allzu eilig hat. Außerdem wird das etwas komplizierte Untersuchungsverfahren auch nicht gerade zur Beschleunigung beitragen. In der Zwischenzeit ist den Angeschuldigten hinreichend Gelegenheit gegeben, manches belastende Material zu beseitigen, den Tatbestand zu verdunkeln und die Aufklärung selbst zu erschweren. Nach alledem kann man sich leicht vorstellen, daß das Ergebnis des ganzen Verfahrens im umgekehrten Verhältnis zu dem aufgebotenen großen Apparat stehen wird. Es wird deshalb schon ein mehr oder weniger sanfter Druck der Arbeiterschaft erfolgen müssen, wenn Licht in die vielen dunklen Affären gebracht und der Reinigungsprozeß mit der notwendigen Gründlichkeit durchgeführt werden soll.

Das neue Militärversorgungsgesetz.

Dem Nationalversammlungsausschuß für soziale Angelegenheiten ist ein Gesetzentwurf über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung zugegangen. Von einem Regierungsvertreter wurde in dem Ausschuß ein Überblick über die Zahl der Kriegsopfer gegeben. Danach beläuft sich die Zahl der Kriegsbeschädigten auf annähernd 1½ Millionen, der Zugang der Rentenempfänger beträgt monatlich etwa 50 000. Kriegshinterbliebene, Witwen, Waisen und sonstige Unterstützungsberechtigte gibt es nahezu 3 Millionen. Zur Erledigung der Versorgungsansprüche werden 25 Hauptversorgungsämter und 103 Versorgungsämter mit rund 50 000 Beamten nötig sein. Die Versorgungssumme wird auf 4 bis 4½ Milliarden Mark im Jahr geschätzt. Über den Kreis der Versorgungsberechtigten und die Art der Versorgung enthält der Entwurf die folgenden grundsätzlichen Bestimmungen: „Frühere Angehörige der deutschen Wehrmacht und ihre Hinterbliebenen erhalten wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen einer Dienstbeschädigung auf Antrag Versorgung. Die Versorgung umfaßt: 1. Heilbehandlung, Krankengeld und Hausgeld; 2. soziale Fürsorge; 3. Rente; 4. Beamtenschein; 5. Sterbegeld und Gebührnisse für das Sterbevierteljahr und 6. Hinterbliebenenrente." Nach der Regierungsvorlage sollen für das Jahr gewährt werden:

Als Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage: bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit

um 20 v. H.	480 Mk.	Grundrente				
„ 30 „ „	720	„	„			
„ 40 „ „	960	„	„			
„ 50 „ „	1200	„	„	und 120 Mk.	Schwerbeschädigten-Zulage	
„ 60 „ „	1440	„	„	„ 240	„	„
„ 70 „ „	1680	„	„	„ 360	„	„
„ 80 „ „	1920	„	„	„ 480	„	„
„ 90 „ „	2160	„	„	„ 600	„	„

bei Erwerbsunfähigkeit 2400 Mk. Grundrente und 720 Mk. Schwerbeschädigtenzulage. Wer in seiner Erwerbsfähigkeit um mehr als 90 vom Hundert beeinträchtigt ist, gilt als erwerbsunfähig.

Einigkeit herrschte unter den Vertretern der Parteien im Ausschuß darüber, daß das Gesetz schnell erledigt werden muß, ohne Rücksicht auf die längere oder kürzere Tagung der Nationalversammlung. Im Verlaufe der Verhandlungen haben alle Parteien Anträge auf Erhöhung der Grundrente eingebracht. Die Mehrausgabe stellt sich gegenüber der Regierungsvorlage auf 1 bis 2½ Milliarden. Unterstaatssekretär Mäeder erklärte namens des Finanzministeriums, daß eine derartige Mehrbelastung für das Reich unerschwinglich sei. Er bitte die Parteien, über die Beträge der Regierungsvorlage nicht hinauszugehen. Die deutschnationale Volkspartei zog ihren Antrag zurück; der Antrag der Unabhängigen wurde abgelehnt. Der Antrag der Mehrheitsparteien auf eine Mehrausgabe von 1,02 Milliarden wurde unter der Voraussetzung angenommen, daß die Fraktionen unter Berücksichtigung der Regierungserklärung dazu Stellung nehmen.

Die Lage in Oberschlesien.

Der Rat der Alliierten billigt die Maßnahmen der interalliierten Kommission.

Wie der Vossischen Zeitung aus Breslau berichtet wird, hat der Rat der Alliierten in Paris in einer Sitzung seine Plebiszitkommission in ihrer Haltung gestärkt. Es gibt bekannt, daß die gegen die Tätigkeit der interalliierten Kommission und gegen die Haltung der französischen Militärbehörden in Oberschlesien gerichteten Beschwerden einstimmig für unbegründet erklärt worden sind.

Die Forderungen der Polen.

Breslau, 22. April. (T. U.) Der Warschauer Ministerrat hat beschlossen, beim Obersten Rat in Paris folgende Forderungen zu erheben: Verwirklichung der Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung bei der Abstimmung. Beseitigung des fast ausschließlichen Einflusses der deutschen Behörden und der Sicherheitswehr. Verschiebung der Volksabstimmung.

Der Antrag auf Hinausschiebung der Volksabstimmung bedeutet eine völlige Schwenkung der polnischen Politik, die geglaubt hatte, durch eine möglichst frühe Abstimmung für sich ein möglichst günstiges Ergebnis zu erreichen.

Das Programm von San Remo.

Frankfurt a. M., 22. April. (T.-U.) Nach dem Korrespondenten des Pariser Journals hätten sich Lloyd George und Nitti vor der Konferenz in San Remo auf folgendes Programm geeinigt:

Die Entwaffnung Deutschlands wird gefordert unter Androhung der Wirtschafts-Blockade. Zugleich wird eine Politik der Annäherung eingeleitet, wenn notwendig vermittelst einer neuen Konferenz mit Deutschland, was einer Revision des Versailler Vertrags und dem Wiederaufbau Deutschlands mit Unterstützung der Alliierten gleichkäme. Die Frage der Wiedergutmachung würde bei dieser Gelegenheit oder später verhandelt werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200422/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG